

Anhang **182.34** zum Text 182.0

Vom Verrat der Demokratie und Ökonomie

von den Linken, den Mittigen und den Rechten,
die alle glauben, das politisch Richtige zu erkennen und zu tun

Tristan Abromeit

Ende 2025

00

Zu einem Beitrag

von **Dr.**

Hanspeter Georgi

zum Thema

Das Defizit in der Gewaltenteilung
im PT-Magazin für Wirtschaft und Gesellschaft

Offizielles Magazin des Wettbewerbes

„Großer Preis des Mittelstandes“

in der Ausgabe 1.2 2025

www.pt-magazin.de

24. April 2025

Post für Herrn Dr. Helfried Schmidt und Frau Petra Tröger
info@op-pt.de

Das große zu kurz kommende Thema:

Das Defizit in der Gewaltenteilung
von
Dr. Hanspeter Georgi

Sehr geehrte Frau Tröger und sehr geehrter Herr Dr. Schmidt,

das PT-Magazin ist ja kein politisches Journal und nicht einmal im strengen Sinn ein Wirtschaftsmagazin, um so anerkennender ist, dass der Artikel „Das Defizit in der Gewaltenteilung“ von Dr. Georgi einen Platz in der Ausgabe 1.2 / 2025 gefunden hat. Die Verwirrung und Orientierungslosigkeit in unserer Gesellschaft geht meiner Einsicht nach wesentlich davon aus, dass der Politik und der Gesamtgesellschaft eine klare Vorstellung von der Demokratie und der Marktwirtschaft – die sich gegenseitig bedingen – verloren gegangen ist. Der Mittelstand¹ für den Sie sich stark machen, wird keine gute Zukunft haben, wenn nicht endlich von einer starken und politisch unabhängigen Minderheit von Bürgerinnen und Bürger begonnen wird, Versäumnisse und Mängel unserer Demokratie und Marktwirtschaft aufzuarbeiten.

Für mich ist erfreulich, wenn ich solche Beiträge zum Thema Demokratie wie den von Dr. Georgi oder auch den von der (Ex-?) Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau in der hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 17. Juni 2024, lese. Dort heißt die Schlagzeile: „Volksabstimmung über das Grundgesetz?“ „Petra Pau wirbt für eine gesamtdeutsche Verfassung“.² Die Stimmen sind aber zu wenig, als dass man noch auf eine Wende hoffen dürfte vor der nächsten politischen Katastrophe.

Georgi schreibt:

Und neulich haben sich vier Persönlichkeiten – neben Mazière Peer Stein-

1 Der Mittelstand ist ein unglücklicher Begriff, weil er auf eine Ständegesellschaft verweist, die nicht demokratisch sein kann.

2 Ich scanne den Artikel ein und hänge ihn an.

brück, Andreas Voßkuhle und Julia Jäkel – in der „Initiative für handlungsfähigen Staat“ zusammen gefunden unter der operativen Leitung der Hertie School und unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten arbeiten sieben Arbeitsgruppen, um Vorschläge für einen handlungsfähigen Staat zu entwerfen.

Georgi ist dem Erfolg gegenüber skeptisch. Das kann man aber in dem originalen Artikel nachlesen. (www.pt-magazin.de) Ich meine ohne die genannten Mitwirker kränken zu wollen, Personen, die an gesellschaftlich gehobener Stellung an der vorhandenen gesellschaftlichen Verwirrung mitgewirkt haben, können zwar zu Einsicht gekommen sein und an der Klärung der vielen offenen Fragen mitwirken, das genügt aber nicht. Es genügt aber auch nicht, wenn Hanspeter Georgi schreibt: „Wir Bürger sollten nicht nur ein Auge darauf werfen, sondern Ergebnisse einfordern.“

Solange Verfassungsfragen nur Sache der Parteisoldaten und Honoratioren sind, haben wir noch keine Demokratie. Sogar eine Verfassung an der nur ein paar Dutzend „Berufene“ mitgewirkt haben und dann mit moralischen und politischen Druck die Zustimmung vom Volk eingefordert wird, wird auch bei inhaltlicher Qualität den Schein der Minderwertigkeit nicht verlieren. Ich denke, wir haben allen Grund dazu, dass ein respektabler Teil der Deutschen (ich denke an 10%) die Verfassung erarbeiten müssen, damit wirklich das Gefühl entsteht, dass es unsere Verfassung ist und nicht etwas Aufgezwungenes, ein Oktroy ist, wie das Grundgesetz, deren Autoren ein größeres Gespür für das Notwendige (siehe Artikel 146 GG) hatten, als ihre Nachfolger in den Parlamenten und Regierungen in der alten und neuen BRD.

Gegen das Ziel einen „handlungsfähigen Staat“ zu schaffen ist solange nichts einzuwenden, wie der Auftrag nicht an eine für alles zuständige Organisation gerichtet ist, die die Gesellschaft der Mündigen zu verhindern und die Bürgerinnen und Bürger auf den Status der glücklichen Sklaven festzunageln soll. Aber genau das scheint das mehr unbewusste als bewusste Ziel aller politischen Akteure – natürlich mit unterschiedlicher Begründung und Ausschmückung – zu sein. Dieses Ziel und die Methode mag bei einer Minderheit der politischen Akteure vorhanden sein, aber die meisten Bürgerinnen und Bürger, die nach dem Staat rufen, können sich eine zur Selbstorganisation der Bürger in einer freien Gesellschaft gar nicht vorstellen, die über die Narren- und Konsumfreiheit hinausgeht. Es fehlen die Anleitungen zur und Erfahrungen mit der Selbstgestaltung. Alles ist heute so kompliziert gestaltet, dass ohne staatliche oder privatrechtlich agierende Berater nichts mehr möglich ist oder erscheint. Daher

löst die Parole „weniger Staat“ erst einmal Angst davor aus, es könnte noch schlechter werden, als es jetzt schon berechtigt empfunden wird. Daher ist die Suche nach einer neuen Verfassung erst nach der Selbst- und Fremderklärung darüber, welche Institutionen und Strukturen das gesellschaftliche Leben verbessern können und welche nicht, erforderlich. Ich habe in einem anderen Text gesagt, das der freiheitlich und demokratisch legitimierte Verfassungsfindungsprozess wenigstens einen zeitlichen Vorlauf von einem Jahr haben muss, damit erst einmal geklärt wird, welche Gestaltungsmöglichkeiten überhaupt vorhanden sind. Eine Regel ist wohl bestimmt durchgängig zu beachten. Eine Gesellschaft kann man zentralistisch oder dezentral gestalten. Je zentralistischer eine Gesellschaft gestaltet wird, um so weniger selbstbestimmt und demokratisch kann ^{sie} für ihre Bewohner sein. Die demokratische Gesellschaft bietet den Individuen und den Gruppen von Individuen mehr Freiheit und Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung, aber diese Freiheiten können auch überzogen werden, wenn die Mitwirkungsgrenzen EU, Bund, Länder, Kommunen und die Sachgebiete wie Bildung, soziale Sicherung und Gewerbe nicht klar gezeichnet werden. Nach meiner Einsicht gehören die drei zuletzt genannten Bereich marktwirtschaftlich geordnet, wenn hier die Freiheit einziehen soll. Ob das eine mehrheitliche Zustimmung bekommen würde, hängt auch davon ab, ob endlich eine Aufklärung darüber erfolgt, das die Begriffe Kapitalismus und Marktwirtschaft keine Synonyme sind und dass der heutige Sozialstaat nichts am Kapitalismus ändert und im Grunde eine ökonomische Teilentmündigung der Arbeitnehmer ist. Und Arbeitnehmer die kein Eigentumsanteil an den Werkzeugen und Maschinen haben, mit denen sie Werte für die Käufer schaffen, ist marktwirtschaftlich gesehen auch ein Unding. Professor Johannes Kleinhappl, der Mitglied des Jesuiten Ordens war, nennt das die Bewirtschaftung der Arbeitnehmer.³ Aus diesem „Unterstand“ kann nicht der gewünschte Nachwuchs des Mittelstandes nachwachsen.

Es gibt noch vieles zu bedenken, was zu einer Erneuerung unserem Land und Europa gehört. Und in diesem Klärungsprozess könnten die Willigsten um Orientierung ringenden aus den Völkern in Afrika, Südamerika und anderswo einbezogen werden, die einen besseren Auf- und Ausbau ihres eigenen Landes mit anschieben wollen.

3 Kleinhappl war ein Gegenspieler von Oswald von Nell-Breuning und wurde von der katholischen Kirche kalt gestellt. Aus seinem schriftlichen Nachlass hat Ernst van Loen fünf Bände zusammengestellt und herausgegeben. Von Oswald von Nell-Breuning liegt mir der Band „Den Kapitalismus umbiegen“, herausgegeben von Friedhelm Hengstbach u. a. vor.

Die HAZ von heute, den 25. 04. 2025 Berichtet über den kommenden Ev. Kirchentag in Hannover. Auf der Titelseite kündigt sie die Beiträge in der Schlagzeile „Ein Funke Hoffnung“ an und schreibt u.a.: „Die Veranstaltung soll Orientierung in krisenhaften Zeiten bieten.“ Das könnte nur gelingen, wenn die Klärung von außen käme, denn die hauptamtlichen Christen sind doch in Fragen der Ökonomie und des Militärischen selbst orientierungslos und sorgen sich mehrheitlich mehr darum, ihre alte und einträgliche Rolle im Staat nicht zu verlieren.

In meinem Denken sind viele unterschiedliche Arbeitserfahrungen eingeflossen, dann das Wissen der Freiwirtschaftsschule als ein gedankliches Instrument der Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus, der Gedanken der Ordoliberalen und auch die von Franz Oppenheimer, dem Lieblingslehrer und Freund von Ludwig Erhard. Die Aktion Soziale Marktwirtschaft (SM) wurde innerhalb der Jahrestagungen des Freiwirtschaftsbundes vorbereitet. Letztlich ist die SM, die nur noch dem Namen nach existiert, an der Uneinsichtigkeit der Ordoliberalen – bezüglich der Erfordernisse eines neuen Bodenrechtes und einer Währungsordnung, die eine dauerhafte Vollbeschäftigung, eine Preisniveaustabilität und eine Neutralität in der Einkommensverteilung garantiert – gescheitert. Gescheitert ist die SM auch an den demokratischen Parteien. Die CDU/CSU und die FDP haben die SM dadurch sabotiert, indem sie immer den Wählern gegenüber von Marktwirtschaft sprachen, aber den Kapitalismus meinten. Die SPD haben sich erst von dem Zeitpunkt an für die SM begeistert, als sie entdeckt hatten, dass sie unter dieser Fahne (Modellbezeichnung) wesentliche Teile der Gesellschaft der Staatsorganisation einfügen konnten. Ihre Blindheit gegenüber den Ursachen des Kapitalismus war schon in der Weimarer Republik vorhanden und existiert auch in der alten und neuen BRD noch so. Da wo in der SPD Ansätze zur Überwindung des Kapitalismus vorhanden waren, wurden diese aus wahltaktischen Gründen nicht verfolgt. Das ist eine harte Kritik an den SM-Zerstörern, diese soll aber nicht die Personen treffen, die sich vermutlich meistens auf dem richtigen Weg fühlten, sondern die Inhalte ihrer jeweiligen Programme. Personen und ihre Programme sind meistens schwer auseinander zu halten. Wir sollten uns aber alle darum bemühen, sonst werden die erforderlichen sachlichen Gespräche durch Verletzung der Gefühle von den Beteiligten verhindert.

Die Freiwirte gehörten mit zu den Ersten, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg für die Marktwirtschaft aussprachen. Ihr Einsatz wurde weder von der Politik noch sichtbar von der Wirtschaftswissenschaft belohnt. Die Verleugnung, dass sie Antisemiten seien wurde von den Vertretern des Staates und der Hochschulbildung schweigend hingenommen, vermutlich hat man gehofft, die Freiwirte in die Resignation treiben zu können, um sie so zum Schweigen zu bringen. Aber es war ja noch eine „humane“ Methode der Bekämpfung unerwünschter Einsichten, als sie in der DDR betrieben wurde, dort landeten schon Bürger ins Gefängnis, wenn sie beim Bezug freiwirtschaftlicher Literatur erwischt wurden.

Ich kenne keine Zahl darüber, wie viel Menschen heute den freiwirtschaftlichen Weg für den richtigen halten. Da mit der Freiwirtschaft bis heute kein Blumentopf gewonnen werden kann, halten sich viele Zeitgenossen bedeckt.

Meiner Einschätzung nach wurde die freiwirtschaftlichen Organisationen vor dem Zweiten Weltkrieg und vor dem Verbot durch das Hitlerregime wesentlich stärker durch Unternehmer getragen und gefördert als heute. Heute beschicken diese die Verbände, die ihre Interessen wahren sollen, mit Absolventen der Hochschulen, die noch nie etwas von Freiwirtschaft, die auf selbständige Existenzen zugeschnitten ist, gehört haben. Es ist nicht einmal Geld da, um das *Archiv für Geld und Bodenreform*, die in der Carl von Ossietzky Universität untergebracht ist, personell zu besetzen und damit besser zu nutzen. (<https://uol.de/bis/archive-und-sammlungen/archiv-fuer-geld-und-bodenreform>)

Ich verweise jetzt auf die Zeitschrift „*Fragen der Freiheit*“, die nach meiner Kenntnis aufgrund von Todesfällen eingestellt wurde. Die erschienenen Ausgaben, die digitalisiert wurde und im Internet stehen, sind aber eine Fundgrube zu Themen Gesellschaft, Demokratie und Wirtschaft. Ich verweise hier besonders auf das Heft 273/4 aus dem Jahr 2006 mit dem Außentitel Ordoliberalismus und Freiwirtschaft. Bis auf ein Hinweis auf den Titel *Freiwirtschaft und Ordo-Liberalismus* des verstorbenen Juristen und Unternehmers Fritz Andres wurde der Inhalt von Ernst Winkler, Gründungsmitglied der Aktion Soziale Marktwirtschaft geschrieben. Der Titel lautet: *Freiheit oder? Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“*. / Eine Denkschrift für Otto Lautenbach.

<http://fragen-der-freiheit.de/hefte/FdF-273-274.pdf>

Es folgt ein Hinweis auf Ludwig Erhard und Franz Oppenheimer.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Die Flucht nach vorn

in: Der Spiegel, Jg. 7, Nr. 37 vom 9. September 1953, S. 11-17.

>> Bei seinem Lehrer Franz Oppenheimer hatte der Student Erhard in den zwanziger Jahren begierig die für seine spätere Einstellung nicht unbedeutende Lehre der Oppenheimerschen Synthese von Sozialismus und Liberalismus aufgenommen:

"Liberaler Sozialismus, das ist der Glaube an eine Wirtschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Selbstinteresse seine Herrschaft bewahrt und sich in völlig freiem Wettbewerb durchsetzt. Und in der doch nur noch eine Art von Einkommen existiert,

das Arbeitseinkommen, während Kapitalprofite und Grundrenten bis auf harmlose Splitter verschwunden sind. Eine Ordnung, in der also das wirtschaftlich - soziale Klassenverhältnis der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr besteht." <<

...

>> Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett. Die Probleme der Wirtschaft waren dem Bundeskanzler mysteriös genug, als Persönlichkeit zog er die Buchhalternatur des ausgezeichneten Fiskalbeamten Schäffer dem Draufgängertum Erhards vor. Außerdem kam Schäffer immer pünktlich zu den Kabinettsitzungen, Erhard nicht. <<

<https://www.franz-oppenheimer.de/le53a.htm>

00000

>> ... Diese akademische Feierstunde bedeutet für mich eine junge und doch so alte Begegnung mit meinem verehrten, bewunderten und geliebten Lehrer Franz Oppenheimer, der mir zugleich ein väterlicher Freund war. Ich erinnere mich noch genau, auf welche Weise ich ihm begegnete. <<

<https://www.franz-oppenheimer.de/le64a.htm>

Es folgen noch zwei Zitate aus *Franz Oppenheimer Der Staat eine soziologische Studie*

Neuaufgabe von Libertad Verlag Berlin / aus dem Nachwort von Hans-Jürgen Degen, 1990:

Franz Oppenheimer deutet die Geschichte als die eines »Selbstdomestikationsprozesses«. Ziel aber auch Ende der bisherigen Geschichte ist deshalb für ihn die herrschaftslose Ordnung der »Freibürgerschaft«: eine Welt mit nur noch gesellschaftlich notwendiger Bürokratie, ohne staatliche Organisationen und Exekutive, ohne Militarismus und Staatsgrenzen - eine Weltgesellschaft freier und friedlicher Völker. Die Basis dieser von Armut, Unterdrückung und jeglicher Ausbeutung freien Gesellschaften sind »freie Eigentümer«: Nur diese sind wirklich »frei« und deshalb können nur sie nach den Gesetzen der gegenseitigen Gerechtigkeit leben. ... (Seite 143)

... 1910 entwickelt Franz Oppenheimer in seiner »Theorie der reinen und politischen Ökonomie« ein neues Wirtschaftsaxiom: Demzufolge ist es möglich, mit einem »natürlichen« (Wissenschafts-)System, mit einer neuen (Ziel-)Systematik die sich bisher widersprechenden politischen und ökonomischen Gegebenheiten auszulösen: im »Liberalen Sozialismus«. Das Wesen dieses Liberalismus' besteht darin, daß nur noch eine Art des Einkommens, das *Arbeitseinkommen existiert*. Denn allein das ist die Form der »reinen Ökonomie«. Die beiden anderen Einkommensformen sind politischer Natur: die *Grundrente*, die aus dem Bodenmonopol, und der Profit oder *Kapitalzins*, der aus dem Geldmonopol kommt. Beides sind Formen permanenter »politischer« Erpressung gegenüber den Lohnabhängigen. Deshalb haben sie im Liberalsozialismus keinen Platz. (Seite 143 f.)

Es folgen noch ein paar Texte von meiner Internetseite in denen ich auf das PT-Magazin hinweise oder daraus zitiere.

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/177.13.1.Ueberwindung..Anmerkungen.zur.politischen.Lage.pdf>

Überwindung der Parteienherrschaft - eine Voraussetzung der Entwicklung der Demokratie in Freiheit und Frieden / Überlegungen im Schatten der Kriege in der Ukraine und Gaza / eine Einführung von Tristan Abromeit / www.tristan-abromeit.de / Text 177.0

Hier: Text 177.13. 1 / Meine Beurteilung der politischen Lage / am Abend meines Lebens / Teil 1 Juli 2024 (PT Magazin siehe Seite 22)

00000

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/177.13.0.Ueberwindung.Anmerkungen.und.Hinweise.pdf>

Überwindung der Parteienherrschaft - eine Voraussetzung der Entwicklung der Demokratie in Freiheit und Frieden / Überlegungen im Schatten der Kriege in der Ukraine und Gaza eine Einführung von Tristan Abromeit www.tristan-abromeit.de Text 177.0

00000000000000

Hier: Text 177.13. 0 / Meine Beurteilung der politischen Lage im Jahr 2024 am Abend meines Lebens Anmerkungen und Ergänzungen zu den Teilen unter der Textziffer:

177.13.1 / 177.13.2 / 177.13.3 (Unter den Bedingungen der angeschlagenen Gesundheit geschrieben.) Januar 2025

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/93.6%20Rueckkehr%20III%20Gruene.pdf>

Wenn jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen. / Eindrücke und Gedanken auf der Reise nach und in Wales vom 3. bis 17. Mai 2011 / Tristan Abromeit / www.tristan-abromeit.de / Text 93.6
Nach der Rückkehr III von III / Brief an OV Neustadt am Rübenberge / z. Hd. Andreas Plötz Mai 2011

https://www.tristan-abromeit.de/pdf/105.2.1%20SM_Hinfuehrung.pdf

Färöer und Island / Gedanken vor, während und nach einer eindrucksvollen Reise

www.tristan-abromeit.de 7(Übersicht und Einleitung Text 105.0) / Text 105.2.1

"Freiheit, die ich meine, die mein Herz erfüllt ..." hat eine dezentrale Ordnung zur Voraussetzung / Hinführung zu Texten von Ernst Winkler und Otto Lautenbach / zum Thema Soziale Marktwirtschaft Auszüge aus „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“, 1951, mit „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaft“ und Pressestimmen „Das Programm der Freiheit“, 1952, mit „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung“, Telegramm von Ludwig Erhard, Schlußwort von Otto Lautenbach / Tristan Abromeit / Juni 2012

Es grüßt Tristan Abromeit

Volksabstimmung über das Grundgesetz?



Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau wirbt für eine gesamtdeutsche Verfassung

Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau wirbt für eine Volksabstimmung über das Grundgesetz, um den Rückhalt für die Demokratie bundesweit zu stärken. „Es geht darum, das Grundgesetz als gemeinsame Grundlage nochmals zu verankern“, sagte die Linken-Politikerin. „Das Grundgesetz mittels einer Volksabstimmung in eine deutsche Verfassung zu verwandeln, könnte ein kluger Weg sein, das Bewusstsein über die Grundwerte unseres Gemeinwesens zu schärfen.“

Pau äußerte sich vor dem Hintergrund der Wahlerfolge der AfD vor allem in Ostdeutschland. Die Ostberliner Bundestagsabgeordnete sieht Versäumnisse im Vereinigungsprozess 1990, als die damalige DDR über Artikel 23 dem Geltungsgebiet des westdeutschen Grundgesetzes beitrug. Nicht genutzt wurde Artikel 146. Dieser sieht bis heute vor, dass das Grundgesetz ungültig wird, „an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“.

„Nach der Deutschen Einheit wäre die Chance da gewesen für Ost und West und Nord und Süd, sich eine Verfassung anzueignen mit einer Volksabstimmung“, sagte Pau. „Wir haben viele Zeitpunkte verpasst. Jetzt sollte am Ende eines Diskussionsprozesses zumindest die Streichung des Artikels 146 stehen.“

Damit griff sie einen Vorstoß des ostdeutschen SPD-Politikers Markus Meckel auf, den auch der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) unterstützt.

„An vielen Stellen wird überhaupt nicht mitgedacht, dass es einen großen Anteil in der Bevölkerung gibt, der eben nicht auf 75 Jahre Grundgesetz zurückblickt, sondern erst auf 35 Jahre“, sagte Pau. „Die meisten DDR-Bürger hatten 1990 mit den Verhandlungen über den Einigungsvertrag nichts zu tun. Diese Debatte wurde damals nicht geführt. Heute erlebe ich, dass viele Menschen sehr wohl bereit sind, sich am Gespräch über die Demokratie und die Verfassung zu beteiligen.“

HAZ 17. 06. 24